

SPD demokratischer pressediens

p/XXV/171

11. September 1970

Sachausklärung - nicht unsachliche Polemik

Zu einem mißglückten Versuch der Bonner
Opposition

Von Karl Wienand MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der
Bundestagsfraktion der SPD

(Seite 1 - 2 / 86 Zeilen)

CDU-Sozialausschüsse unter Unternehmer-Beschuß

Arbeitgeber-Verbände stärken die Front
gegen Mindestlohn

(Seite 3 / 34 Zeilen)

An den Grenzen der Agitation

Die Bonner Ostpolitik und die Kritik
der "Rechten"

(Seite 4 / 38 Zeilen)

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9163
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 8037-38
Telex: 999 540/506 847/
999 549 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Sacheaufklärung - nicht unsachliche Polemik

Zu einem allgütlichen Versuch der Bonner Opposition

Von Karl Wierand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion der SPD

In diesen Tagen ist das erste Heft der "Informationen zur Verteidigungspolitik" als "Nummer 1" und dem Datum September 1970 erschienen. Der Untertitel heißt "WLL informieren SIE". Wer wir ist, erfährt der Leser allerdings recht unauffällig erst auf der zweiten Seite. Dort nämlich firmiert als Herausgeber die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages. Es handelt sich also um einen Informationsdienst der CDU/CSU.

Das könnte eine gute Sache sein. Hier läßt es Gelegenheit zu erfahren, welche Aktivitäten die CDU/CSU mit dem Gebiet der Verteidigungspolitik unternimmt, welche Auffassungen sie vertritt und in welchen Punkten sie im Gegensatz zur Regierungspolitik steht. Was mit solchen Maßnahmen an diesem Dienst herangebracht wird allerdings politisch. Was hier unter dem Stichwort "Informationen" unter die Öffentlichkeit gebracht werden soll, ist teilweise falsch und teilweise polemisch. Der Informationswert ist gering.

Gleich als Spitzmeldung wird die Behauptung aufgestellt, der Bundeswehr sei befohlen worden, die Haushaltsgesetzgebung im staatsbürgerlichen Interesse nicht mehr zu berücksichtigen. Nichts davon ist wahr. Die zweite Meldung erregt sich darüber, daß angeblich an die Stelle des Weißbuches "Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr" ein "Auszug" getreten sei, der sich durch interessante Kürzungen auszeichne. Es sei zu befürchten, so meint der CDU/CSU-Dienst, daß auf diese Weise ein wichtiger Regierungsdokument nur noch unvollständig informiert; und der Dienst kündigt schließlich unheilwenger an, er werde in der nächsten Ausgabe einen Überblick über den Unterschied zwischen dem "Weißbuch" und dem Auszug bringen. Das Vorwort zu diesem Informationsdienst hat neben dem Herausgeber Dr. Egon Klepsch auch der Vorsitzende des Bundesausschusses der CDU für Verteidigungsfragen, Dr. Werner Marx, unterschrieben, der gleiche Dr. Marx, der in einer Pressemitteilung vom 9. September 1970 mitgeteilt hat, die CDU schlage vor, "die Kurzfassung des 'Weißbuches', das bereits für Zwecke der Information einer breiten Öffentlichkeit zusätzlich zum offiziellen 'Weißbuch' erschienen ist, in größerer Auslagenzahl aufzulegen". Wer also aus dem CDU/CSU-Informationsdienst entnommen haben sollte, die CDU/CSU-Fraktion protestiere energisch gegen die Verwendung einer Kurzfassung, ist einer Ente aufgesessen. Im Gegenteil,

die CDU/CSU ist sogar für eine höhere Auftragszahl der kritischen Ansätze.

Dr. Hans Informationsdienst und Dr. Mark Prozeduralisierung sind sich dagegen einig in der Kritik des Verfahrens, über die Verteidigungspolitik eine illustrierte Ausgabe des "Bericht" "Report 70" herauszugeben. Der Deutsche Bundestag hat der Bundesregierung Mittel bewilligt, die dazu dienen sollen, die Öffentlichkeit der Bundesregierung der Öffentlichkeit. Lebensgrundlage. Es ist nur folgerichtig, daß die Bundesregierung diese Mittel benutzt, und wenn sie dies in einer möglichst vorteilhaften und modernen Form tut, so wird von ihr dies nicht verheimlicht werden. In Gegenteil, man müßte der Regierung gewisser Vorteile nachsehen, wenn sie die für diese Zwecke vom Parlament bewilligten Gelder nicht in der bestmöglichen und modernsten Form auswendig.

Die nächste CDU/CSU-Information befaßt sich mit einem Bundeswehr-Obersten, der sich bei einer dienstlichen Veranstaltung und in dienstlicher Eigenschaft kritisch zur Außenpolitik der Bundesregierung geäußert hat, obwohl er nach § 7 des Soldatengesetzes zur Loyalität gegenüber der Regierung verpflichtet ist und er deshalb auf Veranlassung seiner militärischen Vorgesetzten entsprechend bestraft wurde. Der Fall hatte allerdings bereits am 26. Mai 1970 im Bundestag eine Rolle gespielt, und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Karl Wilhelm Scheuch hatte den Sachverhalt dem klar gelegt. Es ist nicht gerade eine Empfehlung für die CDU/CSU-Informationsdienst, wenn er "Politik Aktuell" darüber berichtet vor vier Wochen anfeindete. Aber sollte man sich nicht fragen, wie sorgfältig muß das Informationsmaterial der CDU/CSU sein, wenn sie auf solche Dinge zurückgreifen muß. Aber davon abgesehen, ist das CDU/CSU Informationsdienst beinahe gleich wie ein Dokumentationszettel, so es wäre zur Information (eventuell verkräftigt) gewesen, den Wortlaut des entsprechenden Falls der Fragestunde vom 16. Mai wiederzugeben. Denn hätte sich jeder selbst die Bild machen können.

Im Vorwort des CDU/CSU-Informationsdienstes wird angegeben, daß in diesem Jahr insgesamt vier Exemplare erscheinen würden. Dann heißt es, daß "dieser Service vier Informationen als ein Versuch verstanden werden sollten, von denen Ergebnisse abhängen, in welcher Form und in welcher Weise er weitergeführt werden soll". Nach den hier wiedergegebenen Aussagen wird jeder Sachverhalt gleich welcher politischen Einordnung, in dem Urteil kommen können, so jedenfalls nicht, und wenn nicht anders, dann besser gar nicht. Denn unsachliche Polemik gegen die Bundesregierung gibt es mehr als genug. Was die Öffentlichkeit hingegen ziemlich dringend benötigt, ist wirklich sachliche Aufklärung über die Auffassungen, Absichten, Programme und Pläne der Opposition. Und dieses Gebiet allerdings liegt nun sehr im Argen. Mit der "Information zur Verteidigungspolitik" noch mehr als sonst.

CDU-Sozialausschüsse unter Unternehmer-Beruch

Arbeitgeber-Verbände stärken die Front gegen Mitbestimmung

Ein heiß umstrittenes Thema in der CDU ist die Frage der Erweiterung der Mitbestimmung für Arbeitnehmer. Bekanntlich stehen sich die Fronten innerhalb der Union, also die Sozialausschüsse der Mittelstandskreise und der "Wirtschaftsrat der CDU", noch nicht gegenüber. Dieser noch nicht verteilte Brocken war einer der mitentscheidenden Anlässe, die zur Verschiebung des CDU-Programmparteitages vom November 1970 bis Januar 1971 geführt haben. Unterdessen hoffen Führungskräfte innerhalb der CDU auf eine Kompromißlösung, die für alle Seiten in der Partei annehmbar wäre.

In diese parteiinterne Diskussion hat sich jetzt auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände eingeschaltet, die gibt jenen Kräfte innerhalb der CDU Mitbestimmung, die gegen den Entwurf der Sozialausschüsse scharfe Stellung beziehen. Das Mitbestimmungsmodell der von stellv. Parteivorsitzenden Hans Katzer MdB geleiteten Sozialausschüsse sieht vor, daß der Aufsichtsrat, der bekanntlich von der Aktionärsversammlung gewählt wird, abgeschafft und durch einen Verwaltungsrat ersetzt werden soll. In diesem Gremium sollen dann Vertreter der Aktionäre und der Arbeitnehmerseite sitzen. Die Arbeitgeber-Vereinigung kritisiert nunmehr an diesem Entwurf, daß er keine "Alternative" zu den gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen darstelle. Nach dem Modell der Sozialausschüsse, so fürchten die Arbeitgeberverbände, würden die Aktionäre in eine "absolute Minderheitsposition" gedrängt werden. Die Sachverständigenkommission - also die Bielefeld-Kommission - habe in ihrem Gutachten zur Mitbestimmung hingegen die Notwendigkeit eines Übergewichts der "Anwellsseignersseite", also der Besitzer und Aktionäre, überzeugend gefordert.

Nun, jeder liest bekanntlich in Gutachten hinein, was er für richtig findet. Auf jeden Fall aber nehmen die Sozialausschüsse der CDU einen konträren Standpunkt zur Auffassung der Arbeitgebervereinigung und nicht zuletzt gegen diese mächtige Lobby innerhalb der eigenen Partei ein. Inwieweit die Arbeitnehmer innerhalb der CDU genügend Stehvermögen und politische Kraft besitzen, sich wie ihren Vorstellungen durchzusetzen, wird die nächste Zukunft zeigen, spätestens der Düsseldorfer Programmparteitag vom Januar 1971.

An den Grenzen der Agitation

Die Bonner Ostpolitik und die Kritik der "Rechten"

Die Agitprop-Saat, die von den inzwischen weitgehend verstummen Vorkämpfern gegen den deutsch-sowjetischen Vertrag und gegen die Ostpolitik der Bundesregierung Brandt/Scheel insgesamt gestreut worden ist, beginnt hier und da aufzugehen. Keine Frage, daß Politiker wie Baron von und zu Guklenberg oder Dr. Werner Marx sich erübrigt zur Wehr setzen würden, wenn ihnen die Unschönheit für den Lärm angehängt werden wollte, der jetzt aus nationalliberalen, nationalkonservativen, rechtsextremen oder ihnen nahe stehenden Kreisen ertönt. Aber die Argumente, oder was sie dafür halten, mit denen gegen das Moskauer Abkommen, gegen die Bonner Ostpolitik, gegen die Bundesregierung und gegen den Bundeskanzler in Reden, in Erklärungen und auf Flugplätzen agitiert wird, sie stützen sich auf Vorarbeiten, die wir alle noch vor Augen haben.

Die Gruppierungen, die sich in dieser Agitation gelandet haben, dürften für sich allein und auch zusammengerechnet wenig potent sein. Es sind zumeist Unzufriedene, die nur das Unzufriedenheit ein Programm gemacht haben, das sie mit der engagierten Zornigkeit permanent Unzufriedener vortragen und verteidigen. Aber wer immer sie sein mögen, so etwas der "Bundesverband der Freundeskreise der Christlich-Sozialen Union", der sich als Wegbereiter der CSU außerhalb Bayerns fühlt, oder die "Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer", die am 27. September in der Bonner Beethovenhalle in nichtöffentlicher Tagung eine "Verfassungsgebende Nationalversammlung des deutschen Ostens" einberufen will, oder bestimmte Kreise aus dem landmannschaftlichen Bereich, die sogar ein Bündnis mit der rechtsradikalen NPD nicht zu scheuen scheinen: Wer immer sie also auch sein mögen und wie man ihre Stärke einschätzen mag, es hilft wenig, wenn man mit demokratischer Nonchalance darüber weggehen wollte.

Man wird sie und ihr nun nicht mehr so überflüssiges Verhalten sorgfältiger beobachten müssen, wenn der nicht faßlässig werden will. Das Flugblatt dieser "Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer" zum Beispiel 1970 erkennen, daß hier Leute, von denen etliche bekannte Namen tragen, sich bereits hart an Rande des Möglichen bewegen und die politische Diskussion aus dem einer Demokratie angemessenen Sachrahmen hinauskatapultieren. Wer diese Saat aufgehen sieht, begnügt sich mit der Verantwortung der Säter zu fragen.